

## Wohlfahrtsstaat in der Falle

# Die Stärkung des Kommunalen

VON BERTHOLD VOGEL



Anknüpfungspunkte für Besserverdiener und Niedriglöhner? (Bild: Bilderberg)



Der Wohlfahrtsstaat befindet sich heute genau in der Falle, die ihm der konservative Staatsrechtler Ernst Forsthoff bereits zu Beginn der 1970er Jahre prognostiziert hat. In der Schrift "Der Staat der Industriegesellschaft" beklagt Forsthoff, dass das allgemeine Wohl, die Legitimität des Rechtsstaats und die Qualität der öffentlichen Verwaltung in die Abhängigkeit von ökonomischen Kennziffern geraten sind. Der Staat als Praxis und Idee der öffentlichen Sorge und Dienstbereitschaft, der Gemeinwohlverpflichtung und Solidaritätsstiftung ist nur noch Appendix einer wachstumsfixierten Gesellschaft.

Einmal in diese Falle geraten, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als ökonomischen Imperativen zu folgen. Er treibt nicht, er ist Getriebener. Mit

Blick auf die jüngsten zwölf Monate heißt das: Um des eigenen Bestandes willen müssen Banken, Firmen und Unternehmen mit öffentlichen Geldern gerettet werden. Dabei darf die öffentliche Hand dann genau jenen Banken und Firmen unter die Arme greifen, die in Zeiten des eigenen Wohlergehens dem Gemeinwesen Steuern und Leistungen auf allen nur möglichen Wegen verweigert haben.

Die bittere Ironie der Geschichte ist freilich, dass sich die staatlichen Akteure in diese unerfreuliche Situation zu guten Teilen selbst gebracht haben. Die nationale wie internationale Politik ist keineswegs nur Opfer unvorhersehbarer wirtschaftlicher Ereignisse. Vielfach hat sie diese Entwicklung forciert, ja erst ermöglicht.

Die Renaissance des Staates, von der in den Debatten dieser Tage immer wieder die Rede ist, sieht dann so aus, dass in hektischer Aktivität Arbeitsplätze in Branchen gerettet werden, deren Zukunft fragwürdig ist; oder dass zur Aufpöpelung einer Finanzwelt, die sich im Spiel des rücksichtslosen "Bereichert Euch!" von jeder Verantwortung zu befreien vermochte, es auf die eine oder andere Milliarde schon lange nicht mehr ankommt. In atemberaubender Geschwindigkeit wurden private Verluste und Risiken in öffentliche Schulden und Bürgschaften verwandelt. Auch die vermögenden Klassen reklamierten unversehens ihre Staats- und Schutzbedürftigkeit.

Doch wenn die eingangs formulierte Diagnose stimmt und der moderne Wohlfahrtsstaat aus sich selbst heraus offensichtlich keine Kraft und Substanz mehr hat, gibt es für ihn dann noch eine Zukunft? Ist er als politischer Akteur, als Garant des Öffentlichen überhaupt fähig, sich ökonomischen Sachzwängen zu entwinden und einen neuen Gesellschaftsvertrag zu begründen, der sich nicht darin erschöpft, die Gegenwart auf Kosten der Zukunft fortzuschreiben?

### Die soziale Frage

**Mit der Wahl** der schwarz-gelben Regierung ist zuletzt immer wieder auch die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten sozialer Gerechtigkeit gestellt worden. In einer Serie von Essays und Interviews fragt die FR: Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?

**Ein Gespräch** mit Sighard Neckel (29.10.) eröffnete die Serie, es folgte ein Beitrag von Franz Sommerfeld (5.11.). Ihm antwortet Stephan Hebel (10.11.), gefolgt von Christian Schlüter (11.11.), Norbert Bolz (12.11.) sowie Frauke Hamann und Frank Nullmeier (14.11.) (fr)

Zunächst deuten alle Zeichen darauf hin, dass die Zukunft der politischen Demokratie an die Garantie des wirtschaftlichen Immer-Mehr gebunden ist. Von einer Gesellschaft des Weniger, die andere Prioritäten des Wohlstands setzt, oder einer Politik der zumutbaren Einschränkungen, die die ökologische Verantwortung in den Mittelpunkt ihrer Agenda rückt, mag keiner reden. Die Besitzstandswahrer stehen auf den Hinterbeinen. Die aktuelle Bereitschaft zur Steuerlücke und zur Staatsverschuldung ist der Versuch, den Wohlstand, den wir kennen, mit allen Mitteln zu verteidigen. Es ist der Angriff der Wohlstandsgesellschaft auf die übrige Zeit.

Eine Hoffnung bleibt: Zeiten der Krise können die Unterscheidungsfähigkeit steigern. Für neue Unterscheidungen plädiert der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner bemerkenswerten Streitschrift "Woran der Kapitalismus krankt", die im Unterschied zu dem absurden Streit um Sloterdijks ökonomische wie staatspolitische Halbbildung nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit fand.

Böckenförde argumentiert vor dem Hintergrund aktueller Krisenerfahrung gegen die Zweckrationalität und den Besitzindividualismus als Leitideen moderner ökonomischer Systeme. Es bedarf, so Böckenförde, einer Neubelebung der Idee des Gemeinwohls und des Öffentlichen, die von der wechselseitigen Bedürftigkeit und Angewiesenheit der Mitglieder einer Gesellschaft ausgeht. Vieles spricht dafür, dass diese wohlfahrtsstaatliche Idee paradoxerweise durch den Wohlfahrtsstaat selbst an Wirkkraft verloren hat. Die Sicherungssysteme des Sozialstaats und die öffentliche Daseinsvorsorge sind zu einem selbstverständlichen Hintergrundrauschen der gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden.

Böckenförde jedenfalls lässt sich davon nicht entmutigen. Er streitet eindrucksvoll für ein Gegenmodell zum herrschenden "inhumanen" Kapitalismus. Dieses Gegenmodell plädiert für die Wiederbelebung der Solidarität als Struktur- und Orientierungsprinzip des Miteinanders - auch und gerade im Bereich der Ökonomie. Diese Argumentation plädiert für eine Bekräftigung der "wechselseitigen Verantwortung" und des "hilfreichen Beistands".

Doch was sind deren Voraussetzung? Die Geltung beider Prinzipien ist nach meinem Dafürhalten mit der Existenz einer selbstbewussten Bürgerschaft verknüpft, die nicht durch die Mühlen prekärer Beschäftigung gedreht wird, und mit der Stärkung eines leistungsfähigen "arbeitenden Staates", der sich nicht in den betriebswirtschaftlichen Vorgaben des "new public management" selbst stranguliert. Die Krise müsste daher unsere Unterscheidungskraft für die Funktionsvoraussetzungen des Wohlfahrtsstaates schärfen: für die Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Diensten und den Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Denn diese Arbeitsorte haben sich von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt grundlegend verändert und drohen im Zuge dramatisch schrumpfender fiskalischer Handlungsspielräume unter die Räder zu kommen.

Die Gestaltung der Gemeingüter und die Bewirtschaftung des normativen Haushalts der Gesellschaft liegen mehr und mehr in den Händen eines neuen, oftmals sehr gut qualifizierten, aber schlecht bezahlten und unsicher beschäftigten öffentlichen Dienstleistungsprekariats. Wir treffen im öffentlichen Dienst auf die Prekarisierung der Prekaritätsbearbeiter. Doch wie sehen die Pflege, die Sicherheitsleistungen, die Beratungen, die Zuteilungen und Erziehungsbemühungen derer aus, die selbst zu tun haben, dass sie über die Runden kommen, und sich mühsam von Vertrag zu Vertrag hangeln? Die öffentlichen Dienstleistungen drohen, ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren. Ihre strukturellen und amtsethischen Voraussetzungen, ihre Unabhängigkeit, die Kontinuität ihrer Leistungen, ihre rechtliche Bindung an das Gemeinwohl stehen auf unsicherem Grund.

Die fiskalische, politische und normative Kraft des Wohlfahrtsstaates und seines Personals scheinen erschöpft zu sein. Woher könnte die Kraft der Revitalisierung des Öffentlichen kommen? Wo könnte ein neuer Gesellschaftsvertrag zur Stärkung öffentlicher Dienste geschlossen werden? Böckenfördes Aufruf geht an den politischen und sozialen Raum Europa. Hier muss nach seiner Auffassung die Kraft für einen neuen politischen und rechtlichen Raum der Gemeinwohlerstellung gefunden werden. Der Appell an Europa ist sinnvoll, aber er bleibt vage. Müsste dieser Vertrag nicht in den Kommunen geschlossen werden? Achtzig Prozent aller Wohlfahrtsleistungen in Europa sind kommunale Leistungen. Liegt nicht in den Kommunen die Kraft des Engagements, der Gestaltung und Veränderung? Wir benötigen keine Rückkehr des Wohlfahrtsstaates in Zeiten der Krise, sondern wir bedürfen einer Renaissance des Kommunalen. Starke Kommunen sind das Rückgrat öffentlicher Gemeinwohlsicherung.

Und finden wir nicht auch in den lokalen Strukturen am ehesten die Bereitschaft zur bürgerschaftlichen Wohlfahrtsverantwortung? Sind hier nicht die gesellschaftlichen Trägergruppen zu Hause, die nach neuen Maßstäben des Wohlstands suchen; diejenigen, die auf Staatsfreundschaft bedacht sind, ohne staatsfixiert zu sein; die die Bedeutung des Kommunalen und Regionalen schätzen, ohne provinziell zu sein; die eigene Interessen formulieren können, ohne die Prinzipien von wechselseitiger Hilfsbereitschaft

und sozialer Verflochtenheit zu vernachlässigen; die Erziehungs- und Elternverantwortung tragen und denen daher ihre Zukunft nicht egal sein kann; die bereit sind, Steuern zu zahlen, aber wissen möchten, wofür sie Abgaben leisten?

Sicher scheint mir zu sein, dass die Wohlstandsfragen der Zukunft nur mit Blick auf die Qualität des Kommunalen zu beantworten sind. Hier findet das Zusammenleben von Jung und Alt, von Alteingesessenen und Zugezogenen, von Familien und Singles, von Besserverdienenden und Niedriglöhnern statt. Strategien sozialen Ausgleichs und praktizierter Solidarität finden hier Anknüpfungspunkte. Zugleich treten hier die Prozesse und Konflikte hervor, die die Gesellschaft voranbringen können.

Schon in der Vergangenheit bekamen die Kommunen in besonderer Weise die Schärfe neuer Verteilungskämpfe zu spüren, und mit den Grenzen der Gestaltbarkeit der Gesellschaft sind sie schon lange konfrontiert. Gerade deswegen können aus den Kommunen kritische Anstöße für eine Neujustierung des Sozialen kommen. Die Stärkung des Kommunalen muss daher ein vorrangiges Ziel gesellschaftspolitischer Anstrengungen sein. Die öffentliche Debatte darüber hat noch gar nicht begonnen.

**Berthold Vogel ist Projektleiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und zur Zeit Professor für Soziologie an der Universität Kassel.**

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2009  
Dokument erstellt am 15.11.2009 um 15:42:01 Uhr  
Letzte Änderung am 15.11.2009 um 16:38:30 Uhr  
Erscheinungsdatum 16.11.2009 | Ausgabe: d

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/kultur\\_und\\_medien/feuilleton/?em\\_cnt=2082061&em\\_loc=89](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=2082061&em_loc=89)